

Menschenrechtsgruppe verlässt El Salvador wegen Repression gegen Kritik

Eine Menschenrechtsorganisation hat ihre Arbeit in El Salvador eingestellt, da die Regierung kritische Stimmen unterdrückt. Der Leader betont, dass die Sicherheit gefährdet ist.



Eine prominente Menschenrechtsorganisation, die die Regierung von **El Salvador** und Präsident Nayib Bukele kritisiert, hat ihre Aktivitäten im Land eingestellt. Grund sind die Belästigungen, Repressionen und Verfolgungen von Menschenrechtsverteidigern durch die Regierung.

Fortsetzung der Arbeit aus dem Ausland

Der Exekutivdirektor von Cristosal, Noah Bullock, erklärte, dass die Organisation weiterhin aus Guatemala und Honduras operieren werde, da die Maßnahmen der salvadoranischen

Regierung ihre Arbeit erschwerten. „Wir sind gezwungen, zwischen Gefängnis oder Exil zu wählen“, sagte Bullock am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Guatemala-Stadt.

Harsche Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft

Bukele führt einen rigorosen **Eingriff** gegen die Kriminalität durch, der sich auch gegen Zivilgesellschaftsgruppen und Journalisten richtet. Während die Regierung ihre Maßnahmen damit verteidigt, dass die Bandenkriminalität landesweit stark zurückgegangen sei, behaupten Gegner, dass diese Strategie zu massenhaften Festnahmen und einem Rückgang der Bürgerrechte geführt habe.

Detention of Human Rights Lawyer

Die Ankündigung von Cristosal erfolgt fast zwei Monate, nachdem eines ihrer Mitglieder, die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Ruth Eleonora López, von den salvadoranischen Behörden wegen angeblicher illegaler Bereicherung **festgenommen** wurde. López hat die Anklage zurückgewiesen und um einen öffentlichen Prozess gebeten. Die Führer der Organisation glauben, dass ihre Festnahme kein Einzelfall ist, sondern einen Wendepunkt für die Organisation darstellt.

Wachsende Bedrohungen und Unsicherheiten

„Angesichts der Drohungen, die wir erhalten haben, der Kriminalisierung von Ruth und der begrenzten Möglichkeiten für Sicherheitsgarantien, sind wir außerhalb des Landes, aber in Freiheit, nützlicher (für die Sache), als wenn wir in El Salvador ins Gefängnis kommen“, betonte Bullock. Auch Abraham Ábrego, der Leiter der Rechtsabteilung von Cristosal, fügte hinzu: „Aktuell bietet El Salvador nicht die Bedingungen, um

diese Arbeit vor Ort fortzusetzen.“

Die Herausforderungen für Menschenrechtsorganisationen

Cristosal ist seit 25 Jahren in El Salvador tätig. Unter Bukeles Administration hat die Organisation zahlreiche Untersuchungen durchgeführt und was sie für einen Mangel an Transparenz, Verantwortung und eine Erosion der Demokratie sowie Menschenrechtsverletzungen hält, verurteilt. Die Regierung hat Organisationen wie Cristosal jedoch beschuldigt, politische Aktivisten zu sein und die Rechte der Salvadorianer zu ignorieren.

Weitere Organisationen im Exil

Cristosal ist die jüngste Organisation, die im Zuge der repressiven Maßnahmen der Regierung aus El Salvador gedrängt wurde. Das investigative Medium El Faro führt seit 2023 den Großteil seiner Operationen im Exil aus Costa Rica durch. Mehrere Journalisten des Mediums sind zu Beginn dieses Jahres aus dem Land geflohen, da sie eine Festnahme im Hinblick auf ihre Berichterstattung befürchteten.

Das Gesetz über ausländische Agenten

Ein weiteres Hindernis für Cristosal ist das Gesetz über ausländische Agenten, das NGOs mit einer Steuer von 30% auf Transaktionen, Auszahlungen, Spenden oder Sachspenden belastet, die aus dem Ausland finanziert werden. Diese Einnahmen sollen laut Gesetz für Projekte von allgemeinem oder sozialem Interesse verwendet werden. Menschenrechtsgruppen haben diese Gesetzgebung als existenzielle Bedrohung bezeichnet.

Kritik der Gesetzgebung

„Die Absicht besteht darin, das Gesetz willkürlich anzuwenden, um uns und andere Menschenrechtsorganisationen zum Schweigen zu bringen oder sogar zu kriminalisieren“, erklärte Bullock weiter. „Das Gesetz über ausländische Agenten erlaubt den Behörden, nach eigenem Ermessen jede Organisation zu kontrollieren und erhebt eine Steuer auf diese Organisationen. Nur die Regierung wird das Ermessen haben, wem sie Anklage erheben und wem nicht“, fügte Ábrego hinzu.

Das Gesetz gibt NGOs bis zum 4. September Zeit, sich beim Innenministerium zu registrieren. Andernfalls können sie nicht mehr tätig sein und müssen mit Geldstrafen zwischen 100.000 und 250.000 US-Dollar rechnen. Cristosal hat bereits seine Registrierung eingereicht, jedoch noch keine Antwort erhalten.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at